

Für den Landkreis Göppingen in Berlin



SPD

Ausgabe 56 Januar 2018

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

wie kommen wir raus aus unserem Stimmungstief? Mir hilft das Bild, das Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung von uns gezeichnet hat: Da ist noch Glut unter der Asche. Diese Glut wieder anzufachen, darum müssen wir ringen.

Wir können weder das Wahlergebnis vom 24.09. ändern, noch die nicht immer glücklichen Schritte unserer Parteispitze in die Koalitionsverhandlungen. Wir können aber beherzt die Möglichkeiten nutzen, die wir jetzt haben, um sozialdemokratische Projekte auf den Weg zu bringen. So manche Sondierungsergebnisse bilden dafür eine gute Grundlage (s. S. 4).

Wer jetzt nur auf gemachte Fehler schaut und einen kompletten personellen Neuanfang fordert, der bläst in dieser zugespitzten Lage nicht in die Glut, um das Feuer zu entfachen, sondern bringt es womöglich zum Erlöschen.

Die so wichtige innerparteiliche Debatte rund um die GroKo bietet einen fruchtbaren Nährboden dafür, den notwendigen Erneuerungsprozess weiterzuführen. Der Sonderparteitag in Bonn war ein beeindruckendes

Zeichen innerparteilicher Demokratie und einer fairen, konstruktiven Debatte, wie ich finde.

Sollten wir als Mitglieder am Ende der Koalitionsverhandlungen für den Eintritt in eine Große Koalition stimmen, muss die SPD mit ihren Themen deutlich hörbarer sein als bisher. Die schonungslose Auseinandersetzung mit dem, was wir erreichen wollen und können und wo wir unsere Grenzen ziehen, muss unsere zukünftige Regierungsarbeit leiten. Es darf nicht jeder Kompromiss als Riesenerfolg dargestellt werden. Gleichzeitig darf das von uns Erreichte aber auch nicht kleingeredet werden.

Wir brauchen jetzt eine streitbare, kritische und optimistische Partei, die den Willen hat, Zukunft zu gestalten. Die vielen neuen Eintritte machen da Mut. Denn sie zeigen, dass den Menschen unsere interne Debatte nicht lästig ist, sondern dass sie sich im Gegenteil an der Gestaltung der SPD-Zukunft beteiligen wollen. Darum lasst uns die Glut in der Asche wieder befeuern.

Ihre/Eure



www.heike-baehrens.de



www.facebook.com/baehrensmdb



Warum es so schmerzt

Die SPD hat eine klare Haltung: Wir wollen, dass die Menschen, die aus purer Not absehbar für längere Zeit hier in unserem Land leben, nicht von ihren Familien getrennt sein müssen. Familienleben ist Menschenrecht. Das gemeinsame Leben mit den Eltern ist Kinderrecht. Wer getrennt von seiner Familie ist, sich Sorgen um seine Kinder oder Ehepartner machen muss, oder ohne Eltern in einem fremden Land leben muss, von dem kann kaum erwartet werden, sich ideal zu integrieren. Wie soll man sich auf Spracherwerb konzentrieren oder in Gepflogenheiten vor Ort einleben, wenn sich alle Gedanken um die Angehörigen drehen, die in Kriegsgebieten täglich bedroht sind von Verfolgung und Bombenregen.

Ein gesetzlich geregelter Familiennachzug ist die beste Möglichkeit, illegalen Schleppern das Handwerk zu legen und das Sterben im Mittelmeer einzuschränken. Denn wenn das eigene Kind seit Jahren allein in der Fremde ist und sich keine legale Möglichkeit abzeichnet, es wiederzusehen, ist es nicht verwunderlich, dass Menschen die Gefahr auf sich nehmen und in ein Boot steigen.

Aus diesen Überzeugungen – für Menschenrechte und gute Integration, gegen Schlepper – wollen wir einen Familiennachzug ermöglichen. Anders als die Zustimmung heischen-

den Stimmen aus der CSU suggerieren wollen, handelt es sich dabei nur um die Kernfamilie: Ehepartner, Kinder, bei Minderjährigen die Eltern. Nicht einmal Geschwister dieser Minderjährigen fallen momentan in die Kategorie des Familiennachzugs, was eine große Tragik im Einzelfall bedeuten kann. Von einem Nachzug der "erweiterten Großfamilie" kann also keine Rede sein.

Auch bei uns im Landkreis gibt es viele Beispiele dafür, welche Konsequenzen das Aussetzen des Familiennachzugs hat. Seit über



anderthalb Jahren wartet zum Beispiel ein junger Syrer in Donzdorf darauf, seine Eltern wieder zu sehen. Mit 15 kam er nach Deutschland als Christ, geflohen vor der Verfolgung und vor drohenden Bomben. Aber er erhielt nur subsidiären Status. Die Sehnsucht nach seiner Familie

und die Verzweiflung angesichts schrecklicher Nachrichten aus der Heimat zehren an seinen Nerven. So hat seine Mutter miterleben müssen, wie drei ihrer Studentinnen getötet wurden. Trotz allem spricht er längst Deutsch, bringt überdurchschnittliche Leistungen in der Schule – doch Donzdorf wird erst dann für ihn sein Zuhause sein, wenn er auch seine Familie in Sicherheit weiß.

Es sind solche Schicksale und es ist unsere solidarische Verantwortung für Menschen in

Fortsetzung auf der nächsten Seite



Not wie auch für ein gelingendes Zusammenleben von Alteingesessenen und Neuankömmlingen in unserer Gesellschaft, warum wir in diesen Koalitionsverhandlungen einen so großen Fokus auf das Thema Familiennachzug gelegt haben. Es ist eine Grundsatzfrage, die über Einzelschicksale entscheidet und das Selbstverständnis einer gerechten Gesellschaft ausmacht.

Der Kompromiss, den wir jetzt erreicht haben, stellt uns nicht zufrieden. Aber: Es war der maximal mögliche Kompromiss, der mit der Union zu machen war. Wir haben erreicht, dass die Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Geschützte ein festes Enddatum hat. Zwar verlängern wir die Rege-

lung bis zum 31. Juli. Bis dahin wird – sollte die GroKo tatsächlich zustande kommen – eine neue Regelung erarbeitet, durch die ab August 2018 1000 Menschen pro Monat im Rahmen des Familiennachzugs nach Deutschland kommen können. Hinzu kommen noch diejenigen, die durch die bestehende Härtefallregelung aufgenommen werden. Ich bin sicher: Das überfordert niemanden. Mehr hätten wir uns sicher leisten können.

Wären wir nicht bereit zu diesem mühsam errungenen Kompromiss, hätten wir in der Sache nichts gewonnen: Denn die Mehrheiten im Bundestag sind nicht auf unserer Seite. Die Union könnte mit FDP und AfD ihr eigentliches Ziel erreichen, den Familiennachzug komplett auszusetzen. Nur mit dem jetzigen Kompromiss ist es möglich, subsidiär Geschützten in Deutschland überhaupt einen Familiennachzug zu ermöglichen. Wir werden uns weiter dafür starkmachen, die Kriterien der Härtefallregelung so zu überarbeiten, dass sie den Anforderungen der UN-Kinderrechtskonvention gerecht wird.

Die Rede unserer Innenexpertin Eva Högl zu dem Thema [hier](#).

Entschlossen gegen Antisemitismus

In einer bewegenden Gedenkstunde im Bundestag hat die Holocaustüberlebende Dr. h. c. Anita Lasker-Wallfisch ihre Überlebensgeschichte vorgetragen. Als Cellistin spielte sie im Lagerorchester mit und fand dort ihren „inneren Zufluchtsort, um einen Funken Würde zu bewahren“.

Das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus und die Ermordung von sechs Millionen europäischen Juden wachzuhalten, ist angesichts des Erstarkens von rechtsextremen Kräften in Deutschland und Europa wichtiger denn je. Der Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus offenbarte ein erschreckendes Ausmaß an Judenfeindlichkeit in der deutschen Gesellschaft. Deswegen fordern wir in einem Antrag mit der Union, der FDP und den Grünen ein ent-

schlossenes politisches und gesamtgesellschaftliches Engagement zur Bekämpfung von Antisemitismus. Dazu gehört die Berufung eines oder einer Antisemitismusbeauftragten ebenso wie die Förderung von zivilgesellschaftlichem Engagement, politischer Bildungs- und Präventionsarbeit und Forschung zu dem Thema. Auch müssen antisemitische Straftaten besser erfasst und konsequent geahndet werden.

Die Verbrechen des Naziregimes begannen nicht mit Gaskammern und Massenerschießungen. Sie begannen mit Hassreden, dem Schaffen von Feindbildern, der Abgrenzung von „uns“ gegenüber „den anderen“. Sich daran zu erinnern und sich diesen Mustern entgegenzustellen ist unser aller Aufgabe – und zwar an jedem Tag im Jahr.

Unsere Handschrift in den Sondierungen

— nicht abschließend, denn es wird noch verhandelt...

Integration

Einwanderungsgesetz, Ausweitung Angebot an Sprach- und Integrationskursen für Geflüchtete

Neuer Aufbruch für Europa

Soziale Grundrechte werden gestärkt; mehr Mittel zur Bekämpfung Jugendarbeitslosigkeit und Kinderarmut; konsequente Bekämpfung von Steuerhinterziehung; Investitionshaushalt für die Eurozone; mehr Mittel für die EU aus nationalen Haushalten; Einsatz für Finanztransaktionssteuer

Arbeit

Einstieg in die Arbeitsversicherung mit Recht auf Weiterbildungsberatung; Öffentlich geförderter Arbeitsmarkt; Ausweitung der Mitbestimmung (Initiativrecht von Betriebsräten bei Weiterbildung wird gestärkt)

Rente

Doppelte Haltelinie, um Beiträge und Niveau bis 2025 gesetzlich abzusichern; Einbeziehung Selbständiger in die Rentenversicherung; Solidarrente; Verbesserung Erwerbsminderungsrente

Innere Sicherheit:

Mehr Polizei, leistungsfähige Justiz und effektive Strafverfolgung, dauerhafte Finanzierung von Programmen gegen Rechts

Umwelt

Grundsätzliches Glyphosat-Verbot; Tierwohlabel; "Zwischenspur" zur Erreichung Klimaziel 2030; Strukturwandel-Kommission zur Beendigung der Kohleverstromung; Klimaschutzgesetz; bundesweit einheitliche Regelung eines Gentechnikanbau-Verbots; Ausbau erneuerbare Energien

Investitionen

Fortführung des sozialen Wohnungsbaus; Regionale Strukturförderung in Ost und West; mehr Investitionen in Verkehrswege, Internet, Kommunen; Finanzielle Unterstützung der Regionen beim Strukturwandel

Gesundheit und Pflege

Parität bei den Krankenkassenbeiträgen; mehr Personal und bessere Bezahlung in der Pflege durch bessere Tarifbindung; „Konzertierte Aktion Pflege“ für Verbesserungen in der Altenpflege und Entlastung der Angehörigen; Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive

Familie und Gleichstellung

Rechtsanspruch auf Rückkehr in Vollzeit; Maßnahmenpaket Kinderarmut; Gebührenfreie Kitas; Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung; Kinderrechte ins Grundgesetz

Bildung

Aufhebung Kooperationsverbot und mehr Investitionen in Bildung; Erhöhung und Ausweitung des BAföG, Mindestausbildungsvergütung, Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz („Meister-BAföG“)

Soziale Gerechtigkeit und Frieden

Schrittweise Abschmelzung des Soli, Entlastung Geringverdiener bei Sozialbeiträgen; Besteuerung von Internetkonzernen; mehr Mittel für Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Krisenprävention; Weltweite Ächtung automatisierter Waffensysteme und völkerrechtswidriger Tötungen; Keine Rüstungsexporte an Länder, die am Jemen-Krieg beteiligt sind

Unterwegs im Landkreis

Zu Beginn des neuen Jahres besuchten mich Vertreterinnen und Vertreter des Vereins Lichtblicke e.V., der sich für die Förderung des Assistenzhundewesens einsetzt. Sie fordern, dass Begleit- und Assistenzhunde geprüft werden, wie es in Österreich bereits der Fall ist.



Wie im Flug verging die Doppelstunde im Mörike-Gymnasium Göppingen, weil die Elftklässler Fragen über Fragen hatten zu meiner Arbeit als MdB. Dieses große Interesse hat mich begeistert!

Besuch in der Diakonischen Bezirksstelle in Geislingen: Die neue Leiterin Simone Zwicker schilderte mir, wie notwendig es ist, mehr für Kinder in armen Familien zu tun. Darum bin ich froh, dass bei den Sondierungsgesprächen bereits wichtige Verbesserungen vereinbart wurden. Auch werden die Kinderrechte endlich im Grundgesetz verankert.





Große Verantwortung – Die Delegation der SPD Baden-Württemberg mit unserer Vorsitzenden Leni Breymaier vor Beginn des Sonderparteitages in Bonn.



Termine - 02. Februar bis 02. März 2018

Freitag, 02. Februar 19:30 Uhr
„Bei der Kreissäge die große Schau
– Geislingen kriegt endlich ein TV!“
Jahnhalle Geislingen

Sonntag, 04. Februar 19:30 Uhr
TV-Sitzung „Schwäbische Fasnet“
Stadthalle Donzdorf

Montag, 05. Februar bis Sonntag, 11. Februar
Delegationsreise Korea-Japan
mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier

Dienstag, 13. Februar
11:00 Uhr
Gespräch mit dem Kreisverein
"Leben mit Behinderungen" Göppingen e.V.
Süßen

14:00 Uhr
Gespräch mit Thekla Schlör,
Geschäftsführerin der Agentur für Arbeit
Göppingen

Mittwoch, 14. Februar 11:00 Uhr
Politischer Aschermittwoch mit Martin Schulz
Forum am Schlosspark Ludwigsburg

Montag, 19. Februar bis Freitag, 02. März
Sitzungswochen in Berlin



Vertreterinnen und Vertreter der "Demokratischen Stimme der Jugend" besuchten mich im Bundestag. Sie setzen sich ein für einen bundesweiten Jugendrat, einen neuen Generationenvertrag, ein zukunftsfähiges Bildungssystem und mehr Empathie in der Gesellschaft. Meine Unterstützung haben sie! Hier mit Katarina Barley.

Bürgerbüro



Roth Carreé Schillerplatz 10
73033 Göppingen



Tel: 07161 / 988 35 46
Fax: 07161 / 504 82 74

Deutscher Bundestag



Platz der Republik 1
11011 Berlin



Tel: 030 / 227 74157
Fax: 030 / 227 70159



www.heike-baehrens.de
heike.baehrens.wk@bundestag.de



www.facebook.com/baehrensmdb